

Bevölkerungswachstum, ökologische Degradierung, Unterentwicklung, Migration¹

Unter einer ökologischen Katastrophe verstehen wir die großräumige und einschneidende Verschlechterung der Milieubedingungen für die Existenz der Biosphäre und damit auch für das menschliche Leben. Ein Teil der ökologischen Katastrophen ist sozusagen natürlichen Ursprungs, zum Beispiel Erdbeben und Vulkanausbrüche. Solche Katastrophen können von den Menschen nicht verhindert werden, und es gibt gegen sie keinen sicheren Schutz außer dem Entschluß, in derart gefährdeten Gebieten nicht zu siedeln. Aufgrund eines unkontrollierten Bevölkerungswachstums oder schlicht aufgrund mangelnder kollektiver Intelligenz sind solche Gebiete bekanntlich trotzdem besiedelt, was immer wieder zu großen Tragödien führt, bei denen nicht nur Menschen getötet und Städte oder Landschaften verwüstet werden, sondern auch Umweltflüchtlinge entstehen.

Ökologische Degradierung in der Dritten Welt

Der weitaus größte Teil der Umweltflüchtlinge entsteht jedoch im Zusammenhang mit ökologischen Schäden, die von Menschen verursacht wurden. Auf diese sogenannten anthropogenen Umweltschäden will ich mich im folgenden konzentrieren. Es gibt sie, seit es menschliche Gesellschaften gibt. Die ökologische Problematik unserer Gegenwart ist insofern nichts grundsätzlich Neues, neu sind aber ihre Großräumigkeit, ihre Komplexität und ihre Intensität. Nur selten hat die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten eine Richtung genommen, die ökologisch als erfreulich zu bezeichnen ist.

Nach einer verbreiteten Ansicht betrifft die ökologische Problematik in erster Linie die Industrienationen. Bezüglich der Entwicklungsländer sind zwar einzelne spektakuläre Umweltschädigungen durchaus bekannt – zum Beispiel die chemische Katastrophe in Bhopal oder die Abholzungen im Amazonasgebiet –, aber trotzdem herrscht die Meinung vor, insgesamt gesehen sei die ökologische Situation in diesen Ländern nicht so dramatisch; aufgrund der Unterentwicklung sei das technologische Zerstörungspotential relativ gering, und gleichzeitig handele es sich ja schließlich um riesige geographische Räume, die man so einfach gar nicht zerstören könne. Diese

Meinung ist allerdings nicht zutreffend. Die ökologische Situation in den Entwicklungsländern ist im Gegenteil besorgniserregend und zumeist viel schlimmer als in den Industrienationen. Ihr Zerstörungspotential ist nämlich in Wahrheit größer, und die Milieuschädigung verteilt sich nicht gleichmäßig über die großen geographischen Räume, sondern konzentriert sich auf die Ballungsgebiete und verteilt sich von dort über das Umland.

Da die meisten Umweltflüchtlinge in den Entwicklungsländern entstehen, sei im folgenden ein kurzer Überblick über deren ökologische Problematik gegeben. Sie betrifft den gesamten Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes und hat viele Ursachen sowie Erscheinungsformen, von denen einige global sind, andere aber je nach Region in sehr spezifischen Mischungen auftreten.

Erstens sind die bekannten globalen Umweltprobleme zu erwähnen, für die allerdings maßgeblich die Industrieländer verantwortlich sind. Hierzu gehören die Aufheizung der Atmosphäre, die Zerstörung der Ozonschicht, die grenzüberschreitende Wasser- und Luftverschmutzung und die Verringerung des weltweiten Ressourcenpotentials. Diese Probleme sind ernst, haben mit der Frage der Umweltflüchtlinge aber noch nicht unmittelbar zu tun; dies kann sich in Zukunft aber ändern, zum Beispiel mit der Häufung von Orkanen oder mit der erwarteten Erhöhung des Meeresspiegels als Folge der Aufheizung der Atmosphäre.

Zweitens geht es um die Vernichtung großräumiger Biotope und die Überausbeutung der lebenden Ressourcen durch die Verbreitung giftiger Substanzen, durch die Trockenlegung von Feuchtgebieten, durch Abholzungen, Überjagung, Überfischung, Überweidung sowie durch Erschließung und Verbauung mit Siedlungen, Industriegebieten, militärischen Anlagen, Staudämmen, Flugplätzen, Hafenanlagen sowie Verkehrs- und Leitungssystemen. Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind vielfältig: Fauna und Flora werden massiv geschädigt und vielfach vernichtet. Es wird zum Beispiel angenommen, daß in den verbliebenen Regenwäldern laufend Tier- und Pflanzenarten ausgerottet werden, bevor sie überhaupt wissenschaftlich katalogisiert worden sind. Es kommt weiterhin zu schwerwiegenden Erosionsschäden, zu großräumiger Versteppung und Verwüstung, zur Senkung des Grundwasserspiegels sowie zu regionalen Klimaveränderungen.

Besonders verheerende Probleme in diesem Zusammenhang sind die Abholzungen der tropischen und subtropischen Wälder. Je nach Region überwiegt die eine oder die andere Ursache. Insgesamt gesehen dürften die industrielle Nutzung (Bau- und Nutzholz) sowie die Erschließung von neuen landwirtschaftlichen Flächen die größten Schäden anrichten. Aber auch der private Holzverbrauch hat in vielen Gegenden schwerwiegende ökologische Konsequenzen, zum Beispiel im Andengebiet, in Afrika und in Indien. Angesichts der zunehmenden Holzverknapfung hat der Raubbau die

Regenerationsfähigkeit der Wälder häufig zerstört, was die Holzverknappung weiter verschärft hat. Die Preise für Holz und Holzkohle sind vielerorts für arme Familien kaum noch erschwinglich; häufig kostet der Brennstoff für eine Mahlzeit mehr als die Mahlzeit selbst.

Es wird befürchtet, daß die Abholzung der tropischen und subtropischen Wälder regional sehr bald zu einem ökologischen Kollaps führen wird, wo dieser Punkt nicht bereits erreicht ist, wobei die kurzfristigen Erträge dieses Raubbaus in keinem Verhältnis zu den langfristigen Schäden stehen. Hinzu kommt, daß die landwirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten der gerodeten Flächen aufgrund der geringen natürlichen Bodenfruchtbarkeit der tropischen Wälder sehr begrenzt sind, so daß es eine Frage der Zeit ist, wann die sogenannten Pioniere zu Umweltflüchtlingen werden.

Drittens geht es bei der ökologischen Problematik um die forcierte Ausbeutung der mineralischen und fossilen Ressourcen. Die rapide Verringerung des weltweiten Ressourcenpotentials ist in zahlreichen globalen Berichten dargestellt worden. Zwar werden aufgrund neuer Prospektionsmethoden laufend neue Lagerstätten entdeckt, trotzdem ist der Gesamtbestand natürlich endlich. Die Substitutions- und Recyclingmöglichkeiten werden im allgemeinen überschätzt. Im speziellen Fall der Entwicklungsländer muß man wohl davon ausgehen, daß sie früher und einschneidender von der drohenden Rohstoffverknappung betroffen sein werden, weil sie zwar insgesamt über viele Rohstoffvorkommen verfügen, aber im Einzelfall zumeist eine einseitige Ausstattung haben und diese – aus naheliegenden wirtschaftlichen Gründen – größtenteils in den Prozeß der Rohstoffverwertung der Industrienationen einbringen. Dort, wo Rohstofflager erschöpft werden, verlieren die betreffenden Menschen ihre Lebensgrundlage und werden zu Umweltflüchtlingen.

Ein häufig unterbewerteter Rohstoff ist *Wasser*. Von Experten wird darauf hingewiesen, daß in vielen Regionen der Dritten Welt eine Verknappung des Wassers droht, und zwar aufgrund steigenden Bedarfs, fehlerhafter Nutzung, Senkung des Grundwasserspiegels und Klimaveränderungen als Folge von Abholzungen. Die Wasserversorgung ist jedoch nicht nur mengenmäßig gefährdet, sondern auch im Hinblick auf die *Wasserqualität*. Verseuchtes Wasser ist die Hauptursache dafür, daß weltweit eine Milliarde Menschen an schweren Erkrankungen leiden. Hinzu kommt als drittes Problem, daß die Wasserversorgung und -entsorgung in den Entwicklungsländern ziemlich prekär ist und daß das Wasser häufig nicht dort verfügbar ist, wo es gebraucht wird. In Brasilien fließt zum Beispiel der wasserreichste Fluß der Erde – der Amazonas; in Brasilien liegen aber auch ausgedehnte Trockensteppen mit einer ständigen Abwanderung von Umweltflüchtlingen.

Der *vierte* Bereich der ökologischen Problematik betrifft die Verschmutzung, Vergiftung und Verbauung. Die Verschmutzung und Vergiftung

der Luft, des Regens, der Binnen- und Küstengewässer, des Grundwassers und des Bodens hat in vielen Regionen der Dritten Welt bereits die Dimension einer chronischen Katastrophe angenommen. Ursache dafür ist die unzureichende Entsorgung der städtischen und industriellen Zentren sowie der unangemessene Einsatz von giftigen Chemikalien. Alle einschlägigen Untersuchungen stimmen darin überein, daß die zunehmende Umweltverschmutzung und -vergiftung in der Dritten Welt dramatisch ist und daß regional wahre toxische Zeitbomben angehäuft werden.

Eine schleichende Katastrophe eigener Art ist die ständige Verschlechterung des städtischen Milieus. Die Metropolen der Dritten Welt wachsen weitgehend chaotisch, sie zerstören die regionale und häufig auch überregionale ökologische Balance und produzieren für die Menschen ein Milieu von zunehmend schlechter Lebensqualität mit Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm, Verkehrsproblemen, Reizüberflutung, Verbauung, Vermassung, architektonischem Gigantismus, Slumbildung sowie einem Verlust an räumlicher Freizügigkeit und Ästhetik. Sie sind nicht nur größer, dichter, lauter, häßlicher, giftiger und schmutziger als jene der Industrienationen, sondern sie sind zumeist an ihrer Peripherie auch noch großräumiger zersiedelt und verbaut, so daß das Umland als Erholungsgebiet weitgehend ausfällt. Die Verschmutzung und Vergiftung sind natürlich nicht auf die Städte beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf das Land und die Gewässer einschließlich des Grundwassers und der Küstengewässer.

Der *fünfte* und letzte Bereich der ökologischen Problematik betrifft die Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzfläche und die Zerstörung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit. Zum Teil erfolgt diese Ressourcenzerstörung aus nackter Not, zum anderen Teil aber auch als Folge der Modernisierung der Landwirtschaft, zum Beispiel im Falle der sogenannten grünen Revolution. Ihre Folgen waren ja keineswegs nur positiv: Viele Länder manövrierten sich in eine Importabhängigkeit in bezug auf Düngemittel, Pestizide und Saatgut; traditionelle Anbaumethoden wurden verdrängt und gerieten in Vergessenheit; die ländliche Selbstversorgungswirtschaft mit ihrer Vielfalt von Produkten wurde zerstört, statt dessen wurde mit Monokulturen vorzugsweise für überregionale Märkte produziert; große Flächen wurden zu einseitig und zu intensiv genutzt (Überdüngung, übermäßiger Einsatz von agrototoxischen Substanzen, Bodenverdichtung durch schwere Landmaschinen, fehlende Bodenruhe, keine bzw. fehlerhafte Fruchtfolge, unzureichender Erosionsschutz u.ä.); dadurch traten vielfältige ökologische Schäden auf (Erosion, Zerstörung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, Störungen des Wasserhaushalts, Resistenzbildung von Schädlingen u.ä.). In vielen Regionen der Dritten Welt ist das ökologische Gleichgewicht bereits so gestört, daß die landwirtschaftliche Produktion ohne einen hohen Einsatz an landwirtschaftlichen Chemikalien

und Maschinen gar nicht mehr möglich ist, abgesehen davon, daß es die Bauern und Landarbeiter zum großen Teil bereits verlernt haben, das Land umweltverträglicher zu bewirtschaften.

Jede Region der Dritten Welt hat ihre eigene Mischung der angesprochenen Fehlentwicklungen. Ihre synoptische Betrachtung offenbart eine Entwicklung, die beunruhigend ist. Wir erleben im Zuge dieser Entwicklung auch einen neuen Typ von Flüchtlingen, nämlich die hier interessierenden Umweltflüchtlinge.

Die meisten Umweltflüchtlinge entstehen im Zusammenhang mit großflächiger Erosion, Versalzung und Verwüstung der Böden aufgrund einer übermäßigen bzw. fehlerhaften Landnutzung sowie einer schlechten Wasserwirtschaft. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen hat festgestellt, daß in den achtziger Jahren rund 1,5 Mrd. Hektar Weide- und Ackerland zerstört worden sind, wovon 250 Millionen Menschen betroffen waren. Die Gesamtzahl der gegenwärtigen Umweltflüchtlinge wird vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes auf das Doppelte, nämlich auf eine halbe Milliarde, geschätzt; am Ende dieses Jahrzehnts könnte sich diese Zahl noch einmal verdoppeln. Es geht jedoch nicht nur um die direkt betroffenen Menschen, die aus den ökologisch zerstörten Gebieten fliehen, sondern auch um die indirekt betroffenen Menschen, die aus diesen Gebieten einen Teil ihrer Nahrungsmittel beziehen. Obwohl in den meisten Entwicklungsländern laufend neue landwirtschaftliche Flächen erschlossen werden, sinkt der Anteil der Nutzfläche pro Kopf in fast allen Ländern deutlich, und zwar aufgrund der wachsenden Bevölkerung sowie der erwähnten Zerstörung von Weide- und Ackerland. Da die Flächenerträge auch im Falle einer intensiven Bewirtschaftung nicht beliebig gesteigert werden können und ein großer Teil der landwirtschaftlichen Erträge ohnehin exportiert wird, sind Hungerkatastrophen und Migrationen geradezu programmiert.

Bevölkerungswachstum

Eine zentrale Ursache der Umweltzerstörung in der Dritten Welt ist sicherlich die explosionsartige *Vermehrung der Bevölkerung*. Bekanntlich hängt dieses starke Bevölkerungswachstum – neben anderen Faktoren – ganz wesentlich mit absoluter Armut zusammen, da eine hohe Kinderzahl im marginalen Milieu als einzige Sozial- und Altersversicherung mikrosozial sinnvoll erscheint, auch wenn sie makrosozial verheerende Auswirkungen hat. Steigender Lebensstandard führt im allgemeinen dazu, daß sich die Bevölkerungszunahme verringert. In vielen Ländern der Dritten Welt ist das Bevölkerungswachstum in der Tat leicht rückläufig, wenn auch immer noch hoch (meistens über zwei Prozent im Jahr).

Bevölkerungswachstum, ökologische Degradierung, Unterentwicklung

Es geht hierbei nicht um die geographische Überbevölkerung, das heißt um eine zu hohe räumliche Bevölkerungsdichte, sondern um die sozioökonomische Überbevölkerung, das heißt die Unfähigkeit des sozioökonomischen Systems, für die betreffende Bevölkerung einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen. Die Hoffnung auf ein „rechtzeitiges“ Abflachen der Bevölkerungskurve aufgrund eines durchschnittlich steigenden Lebensstandards muß aus entwicklungstheoretischer Perspektive mit Skepsis beurteilt werden, da dieser Prozeß sehr langsam verläuft und nur dort stattfindet, wo die marginale Bevölkerung tatsächlich in ausreichender Zahl und mit ausreichender Entlohnung wirtschaftlich integriert werden kann. Häufig wird gesagt, Entwicklung sei die beste Pille. In der Theorie mag dies stimmen, in der Praxis ist diese Pille aber schwer zu bekommen, weil gerade das hohe Bevölkerungswachstum eine schnellere Überwindung der Unterentwicklung verhindert. Wenn man bedenkt, daß das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Dritten Welt im Jahr 2000 schätzungsweise weniger als 700 US-Dollar (in konstanten Preisen von 1975) betragen wird, dann ist diesbezüglich kein allzu großer Optimismus angebracht.

Abgesehen von einer wesentlichen Verbesserung der nationalen wie der internationalen Umweltpolitik erscheint also eine *Kontrolle des globalen Bevölkerungswachstums* als dringlich, um die Zahl der Umweltflüchtlinge zu verringern und zwar aus drei Gründen: Erstens aufgrund der simplen Tatsache, daß große Populationen (bei gleichen Lebensbedingungen) mehr Flüchtlinge erzeugen als kleine Populationen; zweitens, weil große Populationen (bei gleichen ökologischen Standards) einen größeren Druck auf die Natur, die Landschaft und die Rohstoffe ausüben als kleine Populationen; und drittens, weil ein erhöhter Bevölkerungsdruck zur Besiedlung ökologisch besonders gefährdeter (z.B. Erdbebengebiete) bzw. labiler (z.B. Halbwüsten) Regionen beiträgt.

Die häufig gestellte Frage, wie viele Menschen theoretisch auf der Erde leben können, ist in wissenschaftlich seriöser Weise kaum zu beantworten, sie lenkt auch vom eigentlichen Problem ab, denn es geht ja in Wahrheit um die Frage, wieviele Menschen auf der Erde *tatsächlich* leben können, und zwar unter realistischen Annahmen und unter einigermaßen menschenwürdigen Bedingungen. Unter diesem Aspekt ist unser Planet bereits heute – und zwar bei weitem – überbevölkert, und die absehbare Bevölkerungsentwicklung wird vermutlich wesentlich schneller verlaufen als die Einführung aller etwaigen sozialen oder technologischen Neuerungen, die das menschenwürdige Überleben solcher Massen sichern könnten. Wir sind Zeuge davon, wie die Probleme den realistischen Lösungsmöglichkeiten weit vorausseilen.

Darüber hinaus wird bei derartigen Projektionen übersehen, daß sich die Weltbevölkerung nicht gleichmäßig über die Erde verteilt, sondern daß man

sich wahrhaft apokalyptische Agglomerationen vorstellen muß, falls sich die Bevölkerungsentwicklung in der angenommenen Art und Weise fortsetzt.

Falls sich also erweisen sollte, daß 10, 20 oder vielleicht sogar 30 Mrd. Menschen auf der Erde leben könnten, so wäre das natürlich kein erstrebenswerter Zustand, sondern nicht weniger als ein Alptraum, wobei nahezu alles gefährdet wäre, was unter vielen Mühen, Entbehrungen und Konflikten über die Jahrhunderte an Kultur, Zivilisation und Lebensqualität aufgebaut worden ist. Vor diesem Hintergrund ist es schwer verständlich, daß weltweit nicht bereits seit langem eine effektive Politik der Geburtenkontrolle betrieben wird, und zwar ganz besonders in den Entwicklungsländern, die für die absehbare demographische Katastrophe in erster Linie verantwortlich sind und unter ihr auch am meisten leiden. Als Faustregel ist damit zu rechnen, daß von den rund sechs Mrd. Menschen, die im Jahr 2000 auf der Erde leben werden, drei Mrd. extrem arm (prekäre Sicherung der Grundernährung), eine Mrd. arm (prekäre Sicherung der generellen Grundbedürfnisse), eine Mrd. gut versorgt und eine Mrd. wohlhabend sein werden. Es bedarf nicht besonderer Phantasie, um sich vorzustellen, was vier Mrd. arme und extrem arme Menschen in sozialer, politischer, hygienischer und nicht zuletzt ökologischer Hinsicht bedeuten, insbesondere dann, wenn sie sich in den großen Ballungszentren konzentrieren.

Zusammenfassend ist zur demographischen Problematik festzustellen, daß die absehbare Zunahme der Weltbevölkerung unter realistischen politischen und wirtschaftlichen Annahmen eine globale Gefährdung hoher Priorität darstellt, daß sich dieses Problem nicht im Zuge einer utopischen Entwicklung in den armen Ländern von selbst lösen wird und daß infolge dessen verstärkte Anstrengungen im Sinne einer effizienten Geburtenkontrolle unternommen werden müssten, wenn auf Dauer großräumige Katastrophen vermieden werden sollen. Dies alles erübrigt selbstverständlich *nicht* verstärkte entwicklungspolitische Anstrengungen, die alleine aber nicht ausreichen werden, um den Aufwuchs großräumiger Katastrophen zu verhindern.

Eine Reihe von Entwicklungsländern betreibt zwar eine antinatalistische Politik, in der Regel wird sie aber nicht mit allen erforderlichen Elementen und mit dem nötigen Nachdruck betrieben, weil sie moralisch problematisch und in ihrer kulturellen Akzeptanz schwierig ist und weil die betreffenden Institutionen unter unzureichenden Mitteln und Kompetenzen leiden. Ein mühsames Experiment dieser Art hat Indien unter Indira Gandhi erlebt; erfolgreicher verlief es bislang in China, wenn auch mit vielen persönlichen Tragödien (darunter Mädchenmord), politischen Widerständen und Schwierigkeiten.

Umweltpolitische Defizite

Neben den *bevölkerungspolitischen* Defiziten gibt es in den meisten Entwicklungsländern erhebliche *umweltpolitische* Defizite, wodurch das Gesamtproblem entsprechend verschärft wird. So hört man häufig das Argument, die Kosten für Umweltschutz könne sich ein armes Land nicht leisten. Dieses Argument wird meistens von den Profiteuren der Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung vorgebracht und ist in mehrfacher Hinsicht irreführend: *Erstens* gibt es viele Umweltschutzmaßnahmen, die gar nichts oder nur wenig kosten bzw. die keine oder nur geringe Einkommensausfälle produzieren, zum Beispiel die Durchsetzung eines umweltverträglichen Jagdrechts, der Schutz gefährdeter Tierarten, die Ausweisung von Naturschutzgebieten oder die Einführung eines Tempolimits im Straßenverkehr; *zweitens* wird übersehen, daß in diesen vermeintlich „armen“ Ländern vielfach eine geradezu erstaunliche Verschwendung von Ressourcen erfolgt, die einer sinnvollen entwicklungspolitischen Nutzung entzogen werden (Luxuskonsum und Fluchtkapital der oberen Schichten, Rüstung, Selbstprivilegierung zahlreicher staatlicher und parastaatlicher Institutionen, Mißwirtschaft, Fehlplanung, Korruption); *drittens* wird die Armut durch die Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung langfristig ja keineswegs überwunden, sondern im Gegenteil verschärft. Wohlstandsmehring durch Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung ist langfristig gesehen eine ziemliche Milchmädchenrechnung, denn wer heute die Nutzflächen überweidet, der hat morgen nur noch Flächen, die ihm nichts mehr nützen. Die Ursachen der Armut liegen vor allem in der Überbevölkerung und in einer schlechten Struktur- und Sozialpolitik, und genau dort muß man sie bekämpfen, und nicht an der falschen Front. *Viertens* stellt sich die Frage, wie sich jene Entwicklungsländer eigentlich arrangieren, die über bestimmte Ressourcen – zum Beispiel Regenwälder – gar nicht verfügen. Ist Zaire zum Beispiel besser entwickelt, weil es seinen Regenwald abholzen kann, als Südkorea, das keinen Regenwald hat? Im übrigen werden die Kosten der Milieuschädigung im Laufe der Zeit immer höher, und die Mittel für den Umweltschutz werden nie „frei“, sondern sie müssen immer dem gesamten Volkseinkommen in Konkurrenz zu anderen Verwendungszwecken entnommen werden. Dies gilt ja auch für die Industrienationen: Diesen wachsen nicht sozusagen „freie“ Mittel für den Umweltschutz zu, sondern sie stellen dafür einfach mehr zu Verfügung. Auch die Entwicklungsländer könnten für den Umweltschutz sicherlich erheblich mehr Mittel bereitstellen, wenn der politische Wille dafür vorhanden wäre und wenn das Volkseinkommen sinnvoller verteilt und verwendet würde.

In den meisten Entwicklungsländern kann von einer Umweltpolitik im eigentlichen Sinne bislang noch kaum die Rede sein, obwohl es an differen-

zierten Umweltschutzgesetzgebungen nicht mangelt. Hauptakteur einer effektiven Umweltpolitik muß der Staat sein, aber diesem obliegt in vielen Entwicklungsländern nicht in erster Linie die Durchsetzung des langfristigen Gemeinwohls im Spannungsfeld konkurrierender Interessen, sondern er ist eher ein Transmissionsriemen der dominanten Wirtschafts- und Machtlobbies. Diesbezüglich darf auch in diesem Zusammenhang die große Bedeutung der Korruption nicht übersehen werden. Da hinter dem Umweltschutz keine dominanten Wirtschafts- und Machtlobbies stehen, verhält sich der Staat meistens „pragmatisch“, das heißt er bescheidet sich im wesentlichen mit ökologischer Rhetorik, symbolischen Gesten und Laissez-faire. Darüber hinaus ist das umweltpolitische Verhalten des Staates und jener Gruppen, die ihn für ihre Ziele instrumentalisieren, häufig nicht nur nonchalant, sondern regelrecht interessegebunden, sofern sich mit der Umweltzerstörung (z.B. Abholzung) große Gewinne erzielen lassen.

Ein weiterer Bereich der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer bezieht sich auf die verbreiteten Defizite in bezug auf Raum-, Struktur-, Sozial- und Ordnungspolitik. Dies betrifft die Umwelt in vielerlei Weise. Die Verschleppung der Agrarreform trägt zum Beispiel zur Übernutzung kleinbäuerlicher Betriebe, zum Migrationsdruck in Richtung auf ökologisch labile Regionen (z.B. Regenwälder) und zur Belastung der städtischen Umwelt (als Folge der Landflucht) bei. Die sozial- und ordnungspolitischen Defizite verhindern eine Überwindung der Massenarmut und fördern damit die armutsbedingte Umweltzerstörung. Die Verkehrspolitik, die Abfallwirtschaft, die Umweltsprecherei, die Umweltstandards, die Flächennutzungspläne und viele andere Ressorts tragen ebenfalls zur „hausgemachten“ Umweltmisere bei.

Die berechtigte und notwendige Kritik an der unzureichenden Entwicklungs- und Umweltpolitik der meisten Entwicklungsländer darf natürlich nicht zum Umkehrschluß verleiten, daß die nationale wie die internationale Umweltpolitik der *Industrienationen* zufriedenstellend wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Zunächst muß daran erinnert werden, daß die Industrienationen für das Gros der globalen Umweltprobleme verantwortlich sind (z.B. drei Viertel der weltweiten CO₂-Emissionen), auch wenn einige von ihnen (westliche Industrienationen) in bestimmten Bereichen eine *vergleichsweise* gute – aber angesichts der bestehenden Probleme dennoch unzureichende – Umweltpolitik betreiben. Bezüglich der ökologischen Problematik der Dritten Welt trifft die Industrienationen eine Mitverantwortung in folgenden Bereichen:

– Als direkte Mitverursacher im Zuge der Verfolgung von *Eigeninteressen* (über Außenhandel, Auslandsinvestitionen und Kredite sowie zahlreiche andere Arten der Einwirkung auf den Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern, zum Beispiel den Export von Entwicklungsideologien);

Bevölkerungswachstum, ökologische Degradierung, Unterentwicklung

– aufgrund ihrer prominenten Position innerhalb der Staatengemeinschaft und der Weltwirtschaft, das heißt aufgrund ihrer sogenannten Innovationsführerschaft;

– aufgrund ihrer sich selbst zugewiesenen Rolle als „Kulturnationen“, was eine besondere Sensibilität für die ethischen und ästhetischen Dimensionen der Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung beinhaltet, und

– als schlechtes Vorbild, denn die gegenüber den Entwicklungsländern kritisierte Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung haben die Industrienationen selbst lange praktiziert und tun es zum Teil noch immer.

Umweltflüchtlinge sind letztlich das Ergebnis von (natürlichen bzw. anthropogenen) *Umweltschäden* und/oder einem ökologisch unangemessenen *Bevölkerungswachstum*. Beide Prozesse dürften sich weltweit in absehbarer Zukunft verstärken. Aus diesem Grund kann mit einem weiteren Anstieg der Umweltflüchtlinge gerechnet werden, wobei in vielen Regionen großräumige Katastrophen zu befürchten sind. Diese pessimistische Perspektive unterstreicht die Dringlichkeit einer *Intensivierung der internationalen Umweltpolitik* sowie der *Geburtenkontrollpolitik* (vor allem in den bevölkerungsreichen Entwicklungsländern).

Unterentwicklung

In diesem Zusammenhang sollte die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer für die anhaltende Unterentwicklung nicht unerwähnt bleiben. Im Rahmen der Nord-Süd-Diskussion spielt die Gewichtung der *externen* und der *internen* Entwicklungshemmnisse eine entscheidende Rolle. In den Entwicklungsländern (und bei zahlreichen NGOs der Industrieländer) ist die These verbreitet, daß die *externen* Entwicklungshemmnisse entscheidend für die anhaltende Unterentwicklung seien und aus dieser die Umweltzerstörung folge, so daß letztlich die Industrieländer für die Unterentwicklung und die Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern verantwortlich gemacht werden können. Diese These bedarf eines kritischen Kommentars.

Die *externen Entwicklungshemmnisse* ergeben sich aus politischer Bevormundung und ungünstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen. Am extremsten läßt sich beides anhand der sogenannten Bananenrepubliken zeigen: Diese formal souveränen Länder sind de facto halbkoloniale Gebilde und leben im wesentlichen davon, daß sie Bananen (oder andere landwirtschaftliche Produkte bzw. Rohstoffe) ausführen und die meisten Bedarfsgüter einführen. Sie sind nicht nur extrem abhängig von ausländischen Regierungen und manchmal sogar von einzelnen ausländischen Unternehmen, sondern sie reagieren auch geradezu reflexartig auf die Entwicklung der betreffenden Weltmarktpreise, die sie selber nicht kontrollieren können; die

gesellschaftliche Struktur und der Entwicklungsprozeß werden von der allgegenwärtigen Exportwirtschaft geprägt, die ihrerseits von ausländischen Interessen gefördert und geschützt wird. Externe Abhängigkeit kann also zu einer deformierten Entwicklung beitragen, weil die im jeweiligen Land vorhandenen menschlichen, materiellen und finanziellen Ressourcen nicht im Sinne einer optimalen, innengeleiteten Entfaltung zugunsten entwicklungspolitischer Prioritäten eingesetzt werden können. Dabei dürfen drei Punkte jedoch nicht übersehen werden:

– Über das internationale System (einschließlich Weltmarkt) werden nicht nur Behinderungen im Sinne von Bevormundung und Benachteiligung wirksam, sondern von dort kommen auch wichtige Innovationsimpulse und wirtschaftliche Chancen. Eine Abschottung der Entwicklungsländer würde ihre Entwicklung nicht beschleunigen, sondern im Gegenteil erheblich bremsen. Letztlich muß es für sie darum gehen, die eigenen Anstrengungen zu optimieren und solche Formen der internationalen Kooperation (darunter auch Nischen in der Weltwirtschaft) zu suchen, deren gesamtgesellschaftlicher Effekt entwicklungsfördernd ist. Zwischen Autarkie und Kolonialstatus gibt es diesbezüglich ein breites Spektrum.

– Das internationale System (einschließlich Weltmarkt) kann nicht für alle gesellschaftlichen und ökologischen Deformationen der Entwicklungsländer verantwortlich werden, weil es auch eine Reihe „hansgemachter“ Entwicklungshemmnisse gibt (s. unten).

– Ein ebenfalls wichtiger Aspekt betrifft die Tatsache, daß die meisten Entwicklungsländer keine Bananenrepubliken sind, das heißt ein erhebliches Maß an staatlicher Souveränität und Autonomie für die Durchsetzung einer eigenständigen Politik haben. Die externe Entwicklungsdynamik setzt sich in diesen Ländern ja nicht erzwungenermaßen durch, sondern wesentlich nach Maßgabe dessen, was die betreffenden ökonomischen und politischen Eliten wollen, zulassen, unterlassen bzw. fördern.

Da in vielen Entwicklungsländern zahlreiche imperialistische Mythen im Umlauf sind, die von der eigenen Verantwortung für die anhaltende Unterentwicklung ablenken, wird im folgenden versucht, den Blick für jene Dimensionen der Entwicklungsproblematik zu schärfen, die bislang etwas unterbelichtet waren. Damit wird zugleich nahegelegt, von einer einseitigen Verteilung der politischen und moralischen Verantwortung für das Elend in den Entwicklungsländern abzukommen; Unterentwicklung ist nämlich nicht nur das Ergebnis von externer Behinderung und Bevormundung, sondern zu einem ganz erheblichen Teil auch das Produkt der Interessen, Organisationsformen, Verteilungsstrukturen und Kompetenzen *in den Entwicklungsländern selber*, womit deren *Eliten* eine entscheidende Rolle zufällt. Letztere mögen zwar historische Produkte internationaler Strukturen und Prozesse

sein, aber sie sind nichtsdestoweniger politische Akteure mit erheblichen Handlungsspielräumen und entsprechenden Verantwortlichkeiten. Im folgenden werden einige Bereiche angesprochen, die in die Zuständigkeit der Entwicklungsländer selber fallen.

Der erste Bereich betrifft die Defizite in bezug auf eine effiziente Geburtenkontrollpolitik – angesichts der Tatsache, daß das Bevölkerungswachstum ein entscheidendes Entwicklungshemmnis per se ist. Der zweite Bereich der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer betrifft die außerordentlich unausgewogene und ungerechte Verteilung von Macht, Besitz, Einkommen und Chancen; dadurch werden große Teile der Bevölkerung nicht nur extrem benachteiligt, sondern ihre Arbeitsfähigkeit und ihre Intelligenz werden auch nicht sinnvoll entfaltet und eingesetzt. Entsprechend gibt es ständige Spannungen und Konflikte, die nicht nur viele Kräfte binden, sondern darüber hinaus destruktive Effekte haben. Auch die vorhandenen menschlichen, materiellen und finanziellen Ressourcen werden nicht vorrangig im Sinne einer Überwindung der Unterentwicklung entfaltet und eingesetzt.

Der dritte Bereich der Eigenverantwortung, der mit dem letztgenannten zusammenhängt, liegt in der gesellschaftlichen Funktion der Eliten und der Rolle des Staates. Die Eliten leben zu einem beträchtlichen Teil parasitär, das heißt sie leisten wenig Sinnvolles und verbrauchen viel Unnötiges. Hinzu kommt, daß die gehobenen Berufe wenig auf die Probleme des Landes abgestimmt sind. Die Eliten identifizieren sich häufig auch wenig mit den zentralen Problemen der Nation. Das sind letztlich „Probleme der Regierung“. Die Regierung beruft sich auf die Erblast, die sie von der vorigen Regierung übernommen hat, und so wird dieses Sankt-Florians-Prinzip in vielen Varianten durchgespielt, ohne daß wirkliche Verantwortung übernommen wird und die notwendigen Entscheidungen fallen.

Weitere, damit verwandte Entwicklungshemmnisse ergeben sich aus der verbreiteten Mißwirtschaft, Fehlplanung und Korruption sowie aus der politischen Kultur, die häufig durch Personenkult, Vetternwirtschaft und Opportunismus geprägt ist. In vielen Fällen fehlt es auch in erheblichem Maße an öffentlicher Moral, an einem Verantwortungsgefühl für das Gemeinwohl und an einem Arbeitsethos der Verwaltung. Eine zusätzliche politische Belastung stellt das Militär dar, das nicht nur zahlreiche Ressourcen bindet, die viel besser verwendet werden könnten, sondern sich häufig auch wie ein Staat im Staate verhält und sich immer wieder zur „Rettung des Vaterlandes“ berufen fühlt. Nicht minder problematisch ist in vielen Entwicklungsländern die ineffiziente, komplizierte, schwerfällige und ebenfalls korrupte Bürokratie.

Es entsteht ein beträchtlicher Mangel an Glaubwürdigkeit, wenn die betreffenden Eliten die Industrieländer für die Unterentwicklung und Umweltzerstörung in ihren jeweiligen Ländern verantwortlich machen, während

sie selber ein erhebliches Maß an Schuld trifft, da sie nicht nur von diesem System massiv profitieren, sondern an seiner Reproduktion mit allen politischen, juristischen, polizeilichen und notfalls militärischen Mitteln aktiv beteiligt sind. Im übrigen praktizieren die Eliten der Entwicklungsländer selber jenen verschwenderischen Lebensstil, den sie der Bevölkerung der Industrieländer vorwerfen.

Asylrecht für Umweltflüchtlinge?

Wenn die Entwicklungsländer *nicht selbst* die Weichen in Richtung auf eine *qualitativ* andere Entwicklung stellen, d.h. die Makro-Dynamik des gesellschaftlichen Prozesses nicht konstruktiv verändern, dann befürchte ich, daß alle noch so sinnvoll erscheinenden Ansätze der nationalen wie der internationalen Entwicklungs- und Umweltpolitik letztlich nicht den erhofften Erfolg haben werden und daß wir entsprechend mit einer dramatischen Zunahme der Umweltflüchtlinge rechnen müssen. Auch wenn die meisten Umweltflüchtlinge in den *Entwicklungsländern* bleiben – und zwar vor allem in den großen Städten –, wird ihr Druck sicherlich auch in Richtung auf die Industrienationen zunehmen.

Bekanntlich bezieht sich das Asylrecht der Industrienationen nur auf die politischen Flüchtlinge, obwohl diese nicht unbedingt mehr gefährdet sind als die Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge. Auch wenn man sensibel ist für die menschlichen Tragödien, die mit den Flüchtlingsströmen aus den Entwicklungsländern in aller Regel verknüpft sind, müssen die Konsequenzen dieser Migrationen für eine angemessene Politik realistisch wahrgenommen werden. So ist auf folgende Punkte aufmerksam zu machen:

– Die Probleme und Konflikte, die in den Entwicklungsländern nennenswerte Migrationsströme auslösen, werden durch diese Wanderungsbewegungen selten gelöst; meistens bleiben sie bestehen und werden allenfalls regional verlagert.

– Die Migrationsströme *innerhalb* einzelner Entwicklungsländer potenzieren zum Teil bereits bestehende Probleme (z.B. chaotische Verstädterung) und schaffen zum Teil neue (z.B. Umweltzerstörung im Regenwaldgebiet.)

– Die Migrationsströme *zwischen* den Entwicklungsländern lösen selten die Probleme der Herkunftsländer und schaffen neue in den Zielländern.

– Die Migrationsströme aus den Entwicklungsländern *in die Industrienationen* sind für die Entlastung der Herkunftsländer von der „Masse“ her wenig relevant, aber ausreichend genug, um in den Zielländern Integrationskonflikte zu produzieren.

Manche Personen und Gruppen, die sich für Flüchtlinge engagieren, vertreten den Standpunkt, daß die Einschränkung des Flüchtlingsstatus auf die

politischen Flüchtlinge viel zu eng und wirklichkeitsfremd sei: Erstens gäbe es häufig eine schwer zu entwirrende Mischung von Fluchtursachen, und zweitens könnten die sogenannten Wirtschafts- oder Umweltflüchtlinge mindestens ebenso gefährdet sein wie die politischen Flüchtlinge. Der besondere Schutz, den hier nur politische Flüchtlinge genießen, sollte daher auf alle Flüchtlinge ausgeweitet werden. Im Falle der Umweltflüchtlinge ist die Rede von „ökologischem Asyl“.

Abschließend sei dieses Problem in aller Kürze aus der Perspektive der Industrienationen angesprochen. Das Gros aller Flüchtlinge stammt aus den Entwicklungsländern, und von dort sind auch die meisten Umweltflüchtlinge zu erwarten. Generell sollte allerdings daran erinnert werden, daß die meisten Flüchtlinge (einschließlich der Umweltflüchtlinge) nicht nur aus den Entwicklungsländern *stammen*, sondern dort auch *bleiben*. Lediglich ein kleiner Teil von ihnen versucht, in den Industrienationen als Asylsuchende aufgenommen zu werden.

Angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung der Entwicklungsländer weiter wachsen wird und die Probleme sowie Konflikte in dieser Region vermutlich eher zu- als abnehmen, ist mit einem weiter steigenden Migrationsdruck zu rechnen, der auch in den Industrienationen immer spürbarer werden dürfte.

Historische und moralische Gesichtspunkte mögen einen liberalen Standpunkt gegenüber dem Asylrecht begründen, aber es fragt sich dennoch, wie dieses Problem politisch langfristig gehandhabt werden soll, falls – einmal angenommen – lediglich alle „echten“ politisch Verfolgten der Entwicklungsländer in den Industrienationen Aufnahme finden sollten. Was im individuellen Fall gerechtfertigt erscheinen mag, würde in der Summe aller individuellen Fälle zu brisanten Konflikten in den Zielländern führen, ohne daß damit auch nur ein einziges der betreffenden Probleme in den Herkunftsländern gelöst würde.

Aus diesem ganz einsichtigen Grund – und nicht aus versteckten fremdenfeindlichen Ressentiments – erscheint eine asylrelevante Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs über den *politischen* Flüchtling hinaus als *nicht angebracht*. Das Problem muß also auch ganz pragmatisch – nämlich *quantitativ* – betrachtet werden. Die Industrienationen werden weder in der Lage noch gewillt sein, neben allen politischen Flüchtlingen auch alle Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge aufzunehmen, wobei es keine Rolle spielt, daß die Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge ähnlich gefährdet sein mögen wie die politischen Flüchtlinge. Die Industrienationen müssen also praktikable Aufnahmekriterien finden, die einen unkontrollierten Zuzug aus den Entwicklungsländern verhindern, und das wird sich letztlich gegen die Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge richten. Sicherlich wird es immer schwierig und kontrovers

bleiben, in der Asylpolitik die angemessene Balance zwischen politischen Realismus und humanitären Gesichtspunkten zu finden.

Eine sinnvolle – und das heißt in erster Linie präventive – Strategie zur Bewältigung der internationalen Migrationsströme müßte zuallererst „an der Quelle“ ansetzen, nämlich an den akuten demographischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und eben auch ökologischen Problemen der Entwicklungsländer. Allerdings ist diese wohlfeile Forderung im nennenswerten Umfang offensichtlich unpraktikabel, wenn man die Ergebnisse der vergangenen Entwicklungsdekaden kritisch bewertet. Daher erscheint es realistischer, sich mit der Frage zu befassen, wie mit den Migrationsströmen umgegangen werden soll, wenn sie schon nicht zu verhindern sind. Auch in diesem Falle sollte das Migrationsproblem möglichst vor Ort angegangen werden; dies ist bereits seit langem die praktizierte Politik der internationalen Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind. Die bisherigen Bemühungen reichen allerdings bei weitem nicht aus, um die in den Entwicklungsländern – und nicht nur dort – aufwachsenden Probleme konstruktiv zu bewältigen.

- 1 Der vorliegende Beitrag ist angelehnt an zwei frühere Publikationen des Verfassers: Umweltflüchtlinge. Ursachen und Folgen, München 1992; Umweltflüchtlinge, in: Außenpolitik 43 (1992) 3, S. 287-296.